

Geschäftsverzeichnisnr. 7524
Entscheid Nr. 181/2021 vom 9. Dezember 2021

ENTSCHEIDSAUSZUG

In Sachen: Vorabentscheidungsfragen in Bezug auf die Artikel 1 und 60 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, die Artikel 1344*ter* ff. und die Artikel 1344*novies* ff. des Gerichtsgesetzbuches, die Artikel 46 und 50 des flämischen Dekrets vom 9. November 2018 « zur Festlegung von Bestimmungen über die Vermietung von zu Wohnzwecken bestimmten Gütern oder Teilen davon » und Artikel 3.32 des Flämischen Wohnungskodex 2021, gestellt vom Friedensrichter des zweiten Kantons Antwerpen.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten L. Lavrysen und P. Nihoul, und den Richtern J.-P. Moerman, T. Giet, R. Leysen, J. Moerman, M. Pâques, Y. Kherbache, T. Detienne und S. de Bethune, unter Assistenz des Kanzlers F. Meersschaut, unter dem Vorsitz des Präsidenten L. Lavrysen,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

*

* *

I. Gegenstand der Vorabentscheidungsfragen und Verfahren

In seinem Urteil vom 25. Februar 2021, dessen Ausfertigung am 4. März 2021 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen ist, hat der Friedensrichter des zweiten Kantons Antwerpen folgende Vorabentscheidungsfragen gestellt:

« - Lässt sich das ÖSHZ-Gesetz vom 8. April 1974 [zu lesen ist: 8. Juli 1976], insbesondere die Artikel 1 und 60, dahin auslegen, dass dieses Gesetz es ermöglicht, dass das ÖSHZ Personen, die ein Recht auf Sozialhilfe haben und eine Wohnung brauchen, andere Hilfe als Sozialhilfe gewährt, insbesondere eine Wohnung mittels eines kurzlaufenden Vertrags über die Belegung auf Widerruf, und führt diese Auslegung nicht zu einer Behandlungsungleichheit innerhalb ein und derselben Kategorie von Personen, nämlich jener Personen, die ein Recht auf Sozialhilfe haben und eine Wohnung brauchen und die die Wohnung in der Form von Sozialhilfe erhalten, und jener Personen, die ein Recht auf Sozialhilfe haben und eine Wohnung brauchen und die keine Wohnung in der Form von Sozialhilfe erhalten, sondern in der Form eines kurzlaufenden Vertrags über die Belegung auf Widerruf?

- Lassen sich die Artikel 1344^{ter} ff. des Gerichtsgesetzbuches, die Artikel 1344^{novies} ff. des Gerichtsgesetzbuches, die Artikel 46 und 50 des flämischen Mietdekrets und Artikel 3.32 des Flämischen Wohnungskodex 2021 dahin auslegen, dass sie es dem ÖSHZ ermöglichen, mit einer anderen Kategorie von Personen, insbesondere Personen, die ein Recht auf Sozialhilfe haben und eine Wohnung brauchen, einen kurzlaufenden Vertrag über die Belegung auf Widerruf abzuschließen, ohne dass dieser Vertrag als Sozialhilfe anzusehen ist, und führt diese Auslegung nicht zu einer unzulässigen Gleichbehandlung nicht vergleichbarer Kategorien von Personen, nämlich derjenigen, die kein Recht auf Sozialhilfe haben, aber eine (zeitweilige) Wohnung brauchen, und derjenigen, die ein Recht auf Sozialhilfe haben und eine Wohnung brauchen?

- Führt verneinendenfalls der Abschluss eines kurzlaufenden Vertrags über die Belegung auf Widerruf durch das ÖSHZ mit Personen, die ein Recht auf Sozialhilfe haben und eine Wohnung brauchen, wobei diese Belegung nicht in der Form von Sozialhilfe gewährt wird, nicht zu einer Verletzung des durch Artikel 23 Absatz 3 Nr. 3 der Verfassung gewährleisteten Rechts auf eine angemessene Wohnung? ».

(...)

III. Rechtliche Würdigung

(...)

In Bezug auf die Zulässigkeit der Vorabentscheidungsfragen

B.1. Die klagende Partei vor dem vorlegenden Richter führt an, dass die erste und die dritte Vorabentscheidungsfrage so formuliert seien, dass der Gerichtshof gefragt werde, die

vorgelegten Gesetzesbestimmungen auszulegen. Sie führt an, dass mit der dritten Vorabentscheidungsfrage der Gerichtshof gefragt werde, die Vereinbarkeit einer Praxis mit Artikel 23 der Verfassung zu überprüfen.

B.2. Aufgrund von Artikel 142 Absatz 2 der Verfassung und Artikel 26 § 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof ist der Gerichtshof dazu befugt, im Wege der Vorabentscheidung über Fragen bezüglich der Verletzung der Regeln, die durch die Verfassung oder aufgrund der Verfassung für die Bestimmung der jeweiligen Zuständigkeiten der Föderalbehörde, der Gemeinschaften und der Regionen festgelegt sind, der Artikel von Titel II (« Die Belgier und ihre Rechte ») und der Artikel 143 § 1, 170, 172 und 191 der Verfassung durch ein Gesetz, ein Dekret oder eine in Artikel 134 der Verfassung erwähnte Regel zu befinden.

B.3.1. Wenn dem Gerichtshof eine Vorabentscheidungsfrage vorgelegt wird, hat der vorlegende Richter die Gesetzesbestimmungen, zu denen er dem Gerichtshof Fragen stellen möchte, gegebenenfalls in einer von diesem Richter zugrunde gelegten Auslegung, und die Normen, anhand derer diese Gesetzesbestimmungen geprüft werden müssen, anzugeben.

Außerdem muss der vorlegende Richter die etwaige Verfassungswidrigkeit in den vorgelegten Vorabentscheidungsfragen darlegen.

B.3.2. In Bezug auf die erste und die zweite Vorabentscheidungsfrage nennt der vorlegende Richter die Gesetzesbestimmungen (Artikel 1 und 60 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren (nachstehend: ÖSHZ-Gesetz), Artikel 1344^{ter} und 1344^{novies} des Gerichtsgesetzbuches, Artikel 46 und 50 des flämischen Dekrets vom 9. November 2018 « zur Festlegung von Bestimmungen über die Vermietung von zu Wohnzwecken bestimmten Gütern oder Teilen davon » (nachstehend: flämisches Wohnungsmietdekret) und Artikel 3.32 des Flämischen Wohnungskodex 2021), zu denen er dem Gerichtshof Fragen stellen möchte, legt er diese Gesetzesbestimmungen aus und legt er dar, wie und in welchem Sinne die Gesetzesbestimmungen mit den Artikeln 10, 11 und 23 unvereinbar seien.

Wenn auch die Formulierung der Vorabentscheidungsfragen *prima facie* einen anderen Eindruck erwecken könnte, ergibt sich daher aus einer zusammenhängenden Betrachtung dieser

Vorabentscheidungsfragen und der Erwägungen der Vorlageentscheidung, dass der vorlegende Richter im Wesentlichen Fragen über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzesbestimmungen stellt, und zwar auch unter Zugrundelegung einer von diesem Richter präzierten Auslegung.

B.3.3. Die dritte Vorabentscheidungsfrage lautet wie folgt:

« Führt verneinendenfalls der Abschluss eines kurzlaufenden Vertrags über die Belegung auf Widerruf durch das ÖSHZ mit Personen, die ein Recht auf Sozialhilfe haben und eine Wohnung brauchen, wobei diese Belegung nicht in der Form von Sozialhilfe gewährt wird, nicht zu einer Verletzung des durch Artikel 23 Absatz 3 Nr. 3 der Verfassung gewährleisteten Rechts auf eine angemessene Wohnung? ».

Diese Frage betrifft den Abschluss eines kurzlaufenden Vertrags über die Belegung auf Widerruf durch das ÖSHZ mit bestimmten Personen.

B.3.4. Die dritte Vorabentscheidungsfrage bezieht sich folglich auf eine oder mehrere individuelle Maßnahmen, die gegebenenfalls in den Anwendungsbereich der fraglichen Bestimmungen fallen.

Der Gerichtshof ist nicht befugt, sich zur Weise zu äußern, wie Bestimmungen gesetzgebender Natur angewandt werden, unabhängig davon, ob diese Frage deren allgemeine Anwendung oder deren Anwendung auf die vor dem vorlegenden Richter anhängige Streitigkeit betrifft.

B.3.5. Die dritte Vorabentscheidungsfrage fällt nicht in die Zuständigkeit des Gerichtshofes.

Zur Hauptsache

In Bezug auf die erste Vorabentscheidungsfrage

B.4. Die erste Vorabentscheidungsfrage bezieht sich auf die Artikel 1 und 60 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren (nachstehend: ÖSHZ-Gesetz).

Artikel 1 des ÖSHZ-Gesetzes bestimmt:

« Toute personne a droit à l'aide sociale. Celle-ci a pour but de permettre à chacun de mener une vie conforme à la dignité humaine.

Il est créé des centres publics d'action sociale qui, dans les conditions déterminées par la présente loi, ont pour mission d'assurer cette aide ».

Artikel 60 des ÖSHZ-Gesetzes bestimmt:

« § 1er. L'intervention du centre est, s'il est nécessaire précédée d'une enquête sociale, se terminant par un diagnostic précis sur l'existence et l'étendue du besoin d'aide et proposant les moyens les plus appropriés d'y faire face.

L'intéressé est tenu de fournir tout renseignement utile sur sa situation et d'informer le centre de tout élément nouveau susceptible d'avoir une répercussion sur l'aide qui lui est octroyée.

Le rapport de l'enquête sociale établi par un travailleur social visé à l'article 44 fait foi jusqu'à preuve contraire pour ce qui concerne les constatations de faits qui y sont consignées contradictoirement.

Le centre qui aide un demandeur d'asile qui ne réside pas effectivement sur le territoire de la commune que le centre dessert, peut demander au (centre public d'action sociale) du lieu de résidence effective du demandeur d'asile concerné d'effectuer l'enquête sociale. Ce dernier centre est tenu de communiquer le rapport de l'enquête sociale au centre demandeur dans le délai fixé par le Roi. Le Roi peut déterminer le tarif en fonction duquel le centre demandeur rémunère les prestations du centre qui a effectué l'enquête sociale. Le Roi peut aussi déterminer les conditions minimales auxquelles doivent répondre l'enquête sociale du centre public d'action sociale de la résidence effective, ainsi que le rapport y relatif.

§ 2. Le centre fournit tous conseils et renseignements utiles et effectue les démarches de nature à procurer aux intéressés tous les droits et avantages auxquels ils peuvent prétendre dans le cadre de la législation belge ou étrangère.

§ 3. Il accorde l'aide matérielle sous la forme la plus appropriée.

L'aide financière peut être liée par décision du centre aux conditions énoncées (aux articles 3, 5° et 6°, 4, 11 et 13, § 2, de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale.

En cas de non-respect de ces conditions, le droit à l'aide financière peut, sur proposition du travailleur social ayant en charge le dossier, être refusé ou suspendu partiellement ou totalement pour une période d'un mois au maximum.

En cas de récidive dans un délai maximum d'un an, le droit à l'aide financière peut être suspendu pour une période de trois mois au maximum.

[...] ».

B.5. Im Verfahren vor dem vorlegenden Richter fordert das öffentliche Sozialhilfezentrum (nachstehend: ÖSHZ) die Räumung einer Person, mit der das ÖSHZ einen nunmehr abgelaufenen Vertrag über die Belegung auf Widerruf abgeschlossen hatte, um dieser Person vorübergehend eine Immobilie als Wohnung zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen dieses Antrags ist in der Ausgangsstreitigkeit die Rechtmäßigkeit des vertraglichen Auftretens des ÖSHZ - Ursache und Grundlage des vorerwähnten Antrags -, die Einstufung des Vertrags als « Sozialhilfe » und in diesem Lichte die diesbezügliche Rechtsgrundlage streitig.

Der vorlegende Richter prüft unter der Annahme, dass das zugrunde liegende Verhältnis zwischen den Parteien der Ausgangsstreitigkeit auf (einem effektiven Recht auf) « Sozialhilfe » beruht, die Gültigkeit des Belegungsvertrags, der Anlass und Grundlage des Antrags auf Räumung ist.

In dieser Hinsicht legt der vorlegende Richter im Rahmen der ersten Vorabentscheidungsfrage die Artikel 1 und 60 des ÖSHZ-Gesetzes als Grundlage für das vertragliche Auftreten des ÖSHZ zugrunde.

B.6. Aus den Erwägungen der Vorlageentscheidung und der Formulierung der ersten Vorabentscheidungsfrage ergibt sich ferner, dass sich der Sachverhalt nur auf ein Rechtsverhältnis über das Überlassen einer Wohnung bezieht. Der Gerichtshof beschränkt seine Prüfung daher auch auf die Artikel 1 und 60 § 3 Absatz 1 des ÖSHZ-Gesetzes.

B.7. Der vorlegende Richter legt die Artikel 1 und 60 § 3 Absatz 1 des ÖSHZ-Gesetzes unter Berücksichtigung des in B.5 Erwähnten dahin aus, dass sie es dem ÖSHZ ermöglichen, Personen, die ein Recht auf « Sozialhilfe » hätten und eine Wohnung brauchten, andere Hilfe als « Sozialhilfe » zu gewähren, insbesondere eine Wohnung mittels eines kurzlaufenden Vertrags über die Belegung auf Widerruf.

B.8. Die vorerwähnte « Sozialhilfe » ist Bestandteil des sozialen Beistands, in Bezug auf den das Recht darauf (Artikel 1 des ÖSHZ-Gesetzes) und die passende Form (unter anderem

Artikel 60 § 3 des ÖSHZ-Gesetzes) entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen auszuüben beziehungsweise festzulegen ist.

Artikel 58 § 1 des ÖSHG-Gesetz bestimmt:

« Une demande d'aide sociale, soumise à la décision du centre, est inscrite le jour de sa réception, par ordre chronologique, dans le registre tenu à cet effet par le centre public d'action sociale.

La demande écrite est signée par l'intéressé ou par la personne qu'il a désignée par écrit.

Lorsque la demande est orale, l'intéressé ou la personne désignée par écrit signe dans la case ad hoc du registre visé à l'alinéa 1er ».

Artikel 62bis des ÖSHZ-Gesetzes bestimmt:

« La décision en matière d'aide individuelle, prise par le conseil de l'aide sociale, par le président du comité spécial du service social en conséquence des articles 114 et 552 du décret du 22 décembre 2017 sur l'administration locale ou l'un des organes auxquels le conseil a délégué des attributions, est communiquée, par lettre recommandée à la poste ou contre accusé de réception, à la personne qui a demandé l'aide, selon des modalités qui peuvent être déterminées par le Roi.

La décision est motivée et signale la possibilité de former un recours, le délai d'introduction, la forme de la requête, l'adresse de l'instance de recours compétente et le nom du service ou de la personne qui, au sein du centre public d'action sociale, peut être contacté en vue d'obtenir des éclaircissements ».

Artikel 71 des ÖSHZ-Gesetzes bestimmt:

« Toute personne peut former un recours auprès du tribunal du travail contre une décision en matière d'aide individuelle prise à son égard par le conseil du centre public d'action sociale, par le président du comité spécial du service social consécutivement aux articles 114 et 552 du décret du 22 décembre 2017 sur l'administration locale ou l'un des organes auxquels le conseil a délégué des attributions.

Il en est de même lorsqu'un des organes du centre a laissé s'écouler, sans prendre de décision, un délai d'un mois à compter de la réception de la demande. Ce délai d'un mois prend cours, dans le cas visé à l'article 58, § 3, alinéa 1er, le jour de la transmission.

Le recours doit à peine de déchéance être introduit dans les trois mois soit de la notification de la décision, soit de la date de l'accusé de réception.

En cas d'absence de décision du centre public d'action sociale dans le délai prévu à l'alinéa 2, le recours doit, à peine de déchéance, être introduit dans les trois mois de la constatation de cette absence de décision.

Le recours n'est pas suspensif.

Lorsque ledit recours est introduit par une personne sans abri, le tribunal du travail détermine, au besoin, le centre public d'action sociale compétent, après avoir appelé à la cause le centre et sous réserve de la prise en charge ultérieure de cette aide par un autre centre ou par l'Etat conformément aux dispositions de la loi du 2 avril 1965 relative à la prise en charge des secours accordés par les centres publics d'action sociale ».

B.9. Aus den in B.4 und B.8 erwähnten Bestimmungen geht hervor, dass das Recht auf « Sozialhilfe » weder ein automatisches noch ein absolutes Recht ist, sondern dass diese Hilfe von der betreffenden Person beim ÖSHZ zu beantragen ist, woraufhin das ÖSHZ anschließend nach einer individuellen sozialen Untersuchung in Bezug auf einerseits den Bedarf an Hilfe und den Umfang des Bedarfs an Hilfe sowie andererseits die passendsten Mittel über den Antrag und die zu gewährende Hilfe entscheidet. So besteht das im ÖSHZ-Gesetz garantierte Recht auf « Sozialhilfe » nur, (1) wenn und solange sich die betreffende Person in einer Situation befindet, in der sie nicht über die für die Führung eines menschenwürdigen Lebens erforderlichen Mittel verfügt, und (2) wenn das ÖSHZ dazu eine Entscheidung getroffen hat. In diesem Zusammenhang obliegt es dem ÖSHZ, in Bezug auf jeden Antrag gesondert zu beurteilen, ob diese Voraussetzung erfüllt ist, und, falls ja, zu beurteilen, in welcher Form beziehungsweise auf welche Weise Hilfe zu gewähren ist.

Mit anderen Worten setzen sowohl die Gewährung als auch die Abänderung oder Beendigung dieser Hilfe - was folglich von der Eigenschaft eines Anspruchsberechtigten auf « Sozialhilfe » abhängt - eine Beurteilung und eine förmliche Entscheidung des zuständigen Organs des ÖSHZ voraus. Diese Entscheidung muss im Übrigen mit Gründen versehen werden und ist dem Antragsteller mitzuteilen. Gegen diese Entscheidung kann Klage vor dem Arbeitsgericht eingelegt werden.

B.10. Der vorlegende Richter möchte wissen, ob die Artikel 1 und 60 § 3 Absatz 1 des ÖSHZ-Gesetzes in der in B.7 erwähnten Auslegung mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung vereinbar seien, indem sie einen Behandlungsunterschied zwischen einerseits den Personen, die ein Recht auf « Sozialhilfe » hätten und eine Wohnung brauchten und die die Wohnung in Form von « Sozialhilfe » erhielten, und andererseits den Personen zur Folge hätten, die ein Recht auf

« Sozialhilfe » hätten und eine Wohnung brauchten und die keine Wohnung in Form von « Sozialhilfe » erhielten, sondern in Form eines kurzlaufenden Vertrags über die Belegung auf Widerruf.

Im erstgenannten Fall geht es um materielle Hilfe im Sinne von Artikel 60 § 3 Absatz 1 des ÖSHZ-Gesetzes in Form einer Wohnung, die nur unter den gesetzlichen Bedingungen durch eine Entscheidung des ÖSHZ einer Person gewährt oder entzogen werden kann. Im letztgenannten Fall geht es um Hilfe in Form einer Wohnung mittels eines Vertrags, der von Rechts wegen (ohne irgendeine Entscheidung des zuständigen Organs des ÖSHZ) nach Ablauf der vorher vereinbarten Laufzeit endet, unabhängig davon, ob die betreffende Person die Bedingungen für « Sozialhilfe » erfüllt oder nicht. Für diesen Vertrag gelten ausschließlich die allgemeinen Regeln des Vertragsrechts. Folglich hat die Vorabentscheidungsfrage zum Ziel, dass untersucht wird, ob ein Behandlungsunterschied hinsichtlich des innerhalb derselben Kategorie von Personen in Abhängigkeit von der Art der Hilfe gewährten Schutzes gerechtfertigt ist.

B.11.1. Nach Auffassung der klagenden Partei vor dem vorlegenden Richter bedarf die erste Vorabentscheidungsfrage keiner Antwort, da sie für die Lösung der Streitigkeit nicht sachdienlich sei. Im Besonderen weist sie darauf hin, dass die Bestimmungen, zu denen dem Gerichtshof Fragen gestellt würden, auf den Sachverhalt der Ausgangsstreitigkeit nicht anzuwenden seien.

B.11.2. Die vom vorlegenden Richter vorgelegte erste Vorabentscheidungsfrage beruht auf der Annahme, dass die Artikel 1 und 60 § 3 Absatz 1 des ÖSHZ-Gesetzes in der in B.7 erwähnten Auslegung auf die vor dem vorlegenden Richter anhängige Streitigkeit Anwendung finden, was die Eigenschaft eines Anspruchsberechtigten auf « Sozialhilfe » voraussetzt.

B.11.3. In der Regel obliegt es dem vorlegenden Richter, festzustellen, welche Normen auf den bei ihm anhängig gemachten Streitfall anwendbar sind. Wenn dem Gerichtshof jedoch Bestimmungen vorgelegt werden, die offensichtlich nicht auf diesen Streitfall angewandt werden können, werden sie nicht vom Gerichtshof auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin geprüft.

Nur wenn die Antwort offensichtlich nicht der Lösung des Streitfalls dienlich ist, insbesondere deshalb, weil die fragliche Norm offensichtlich nicht darauf anwendbar ist, kann der Gerichtshof beschließen, dass die Vorabentscheidungsfrage keiner Antwort bedarf.

B.11.4. Aus der Begründung der Vorlageentscheidung ergibt sich, dass das zuständige Organ des ÖSHZ der beklagten Partei vor dem vorlegenden Richter im Rahmen des Gesetzes vom 26 Mai 2002 « über das Recht auf soziale Eingliederung » durch förmliche Entscheidung ein Eingliederungseinkommen gewährt hat.

Da eine förmliche Entscheidung über die Gewährung sowie eine förmliche Entscheidung über die Abänderung oder Beendigung von « Sozialhilfe » im Sinne von Artikel 60 § 3 Absatz 1 des ÖSHZ-Gesetzes fehlt, ist der Vertrag zwischen den Parteien der Ausgangsstreitigkeit unter Berücksichtigung des in B.9 Erwähnten nicht im Rahmen eines Rechtsverhältnisses über « Sozialhilfe » zustande gekommen. Die Eigenschaft eines Anspruchsberechtigten auf « Sozialhilfe » wurde nämlich nicht durch förmliche Entscheidung des ÖSHZ festgestellt.

Der Umstand, dass die beklagte Partei vor dem vorlegenden Richter *de facto* für ein Rechtsverhältnis im Rahmen eines Rechts auf « Sozialhilfe » im Sinne der Artikel 1 und 60 § 3 des ÖSHZ-Gesetzes womöglich in Betracht kommt, führt zu keinem anderen Ergebnis, da die Eigenschaft eines Anspruchsberechtigten auf « Sozialhilfe » von einer Entscheidung des ÖSHZ abhängt, bei der nach einer sozialen Untersuchung über einen Antrag entschieden wird und die vor dem Arbeitsgericht gerichtlich überprüft werden kann.

Die Vorabentscheidungsfrage des vorlegenden Richters beruht auf der falschen Annahme, dass auf das Rechtsverhältnis zwischen den Parteien der Ausgangsstreitigkeit die Bestimmungen Anwendung finden, zu denen dem Gerichtshof Fragen gestellt werden.

B.11.5. Demzufolge bedarf die erste Vorabentscheidungsfrage keiner Antwort.

In Bezug auf die zweite Vorabentscheidungsfrage

B.12. Die zweite Vorabentscheidungsfrage bezieht sich auf die Artikel 1344*ter* und Artikel 1344*novies* des Gerichtsgesetzbuches, die Artikel 46 und 50 des flämischen Wohnungsmietdekrets und Artikel 3.32 des Flämischen Wohnungskodex 2021.

Artikel 1344*ter* des Gerichtsgesetzbuches bestimmt:

« § 1. Vorliegender Artikel findet Anwendung auf jede Klage, die durch schriftlichen Antrag, durch Ladung oder durch freiwilliges Erscheinen zwecks Räumung der Wohnung einer natürlichen Person eingeleitet wird, die einen in Buch 3 Titel 8 Kapitel 2 Abschnitt 2 oder Abschnitt 2*bis* des Zivilgesetzbuches erwähnten Mietvertrag in Bezug auf ein Gut abgeschlossen hat, das laut verfahrenseinleitendem Akt dem Mieter als Wohnsitz oder, in Ermangelung eines Wohnsitzes, als Wohnort dient.

[...]

§ 5. Das öffentliche Sozialhilfezentrum bietet sich auf möglichst angemessene Weise an, im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags Beistand zu leisten ».

Artikel 1344*novies* des Gerichtsgesetzbuches bestimmt:

« § 1. Vorliegender Artikel findet Anwendung auf jede Klage, die durch schriftlichen Antrag, durch Ladung oder durch gemeinsame Antragschrift zwecks Räumung des Orts, den eine natürliche Person ohne Anspruch oder Rechtstitel besetzt, eingeleitet wird.

[...]

§ 5. Das öffentliche Sozialhilfezentrum bietet sich auf möglichst angemessene Weise an, im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags Beistand zu leisten ».

Der Dekretgeber hat die Artikel 1344*ter* und 1344*sexies* des Gerichtsgesetzbuches in das flämische Wohnungsmietdekret aufgenommen, ohne große Abänderungen vorzunehmen.

Artikel 46 des flämischen Wohnungsmietdekrets bestimmt:

« § 1er. Le présent article s'applique à toute action introduite par requête, par assignation ou par comparution volontaire tendant à l'expulsion d'une personne physique qui a conclu un bail relevant de l'application du présent titre.

§ 2. Si l'action est introduite par requête ou par comparution volontaire, le greffier envoie sans délai, par quelque procédé de télécommunication que ce soit, à confirmer par lettre

recommandée avec récépissé, une copie de la requête au Centre public d'Action sociale du domicile du preneur ou, à défaut de domicile, au Centre public d'Action sociale de la résidence du preneur.

Si l'action est introduite par assignation, l'huissier de justice envoie sans délai, par quelque procédé de télécommunication que ce soit, à confirmer par lettre recommandée avec récépissé, une copie de l'assignation au Centre public d'Action sociale du domicile du preneur ou, à défaut de domicile, au Centre public d'Action sociale de la résidence du preneur.

§ 3. Le Centre public d'Action sociale offre, de la manière la plus appropriée, d'apporter son aide dans le cadre de sa mission légale ».

Artikel 50 desselben Dekrets bestimmt:

« Lors de la signification de tout jugement ordonnant une expulsion, l'huissier de justice envoie sans délai, par lettre recommandée avec récépissé, une copie du jugement au Centre public d'Action sociale de l'endroit où se situe le bien.

Le Centre public d'Action sociale offre, de la manière la plus appropriée, d'apporter son aide dans le cadre de sa mission légale ».

Artikel 3.32 des Flämischen Wohnungskodex 2021 bestimmt:

« Si les occupants d'un logement inhabitable ou suroccupé ou d'un bien visé à l'article 3.35 doivent être relogés en raison des conditions de vie inhumaines et des risques graves pour leur santé et leur sécurité, et que les dispositions de l'article 3.30, § 2 ne peuvent être appliquées, le bourgmestre prend les mesures nécessaires pour les occupants qui remplissent les conditions fixées par le Gouvernement flamand. Il peut notamment utiliser les facilités de logement communales ou faire appel à la collaboration du CPAS ou des organisations de logement social, dont la zone d'activité s'étend au territoire de la commune.

Le Gouvernement flamand peut, dans les limites des crédits inscrits à cet effet au budget de la Région flamande et dans les conditions qu'il fixe, prendre des initiatives pour encourager ou soutenir le développement des possibilités de relogement communales ».

B.13.1. Nach Ansicht der klagenden Partei vor dem vorlegenden Richter muss die zweite Vorabentscheidungsfrage nicht beantwortet werden, da sie für die Lösung der Streitigkeit nicht sachdienlich sei. Im Besonderen weist sie darauf hin, dass die Bestimmungen, zu denen dem Gerichtshof Fragen gestellt würden, auf den Sachverhalt der Ausgangsstreitigkeit nicht anzuwenden seien.

B.13.2. Aus der Vorlageentscheidung ergibt sich, dass der vorlegende Richter davon ausgeht, dass die in B.12 erwähnten Bestimmungen als Rechtsgrundlage für das Auftreten des

ÖSHZ (der Vertrag über die Belegung auf Widerruf) gegenüber dem Anspruchsberechtigten auf « Sozialhilfe » auf das zugrunde liegende Rechtsverhältnis zwischen den Parteien der bei ihm anhängigen Streitigkeit Anwendung finden.

B.13.3. In der Regel obliegt es dem vorlegenden Richter, festzustellen, welche Normen auf den bei ihm anhängig gemachten Streitfall anwendbar sind. Wenn dem Gerichtshof jedoch Bestimmungen vorgelegt werden, die offensichtlich nicht auf diesen Streitfall angewandt werden können, werden sie nicht vom Gerichtshof auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin geprüft.

Nur wenn die Antwort offensichtlich nicht der Lösung des Streitfalls dienlich ist, insbesondere deshalb, weil die fragliche Norm offensichtlich nicht darauf anwendbar ist, kann der Gerichtshof beschließen, dass die Vorabentscheidungsfrage keiner Antwort bedarf.

B.13.4. Aus dem in B.11.4 Erwähnten ergibt sich, dass das Rechtsverhältnis zwischen den Parteien der Ausgangsstreitigkeit nicht als « Sozialhilfe » im Sinne der Artikel 1 und 60 des ÖSHZ-Gesetzes eingestuft werden kann. Der Vorlageentscheidung lässt sich ferner entnehmen, dass der Vertrag weder anlässlich einer Hilfe im Rahmen eines Räumungsverfahrens noch anlässlich eines Wohnungswechsels zustande gekommen ist.

Aus den gleichen, in B.11.4 angeführten Gründen und angesichts des Vorstehenden finden die Bestimmungen, zu denen dem Gerichtshof Fragen gestellt werden, offensichtlich keine Anwendung auf den Sachverhalt der Ausgangsstreitigkeit. Eine Antwort auf die zweite Vorabentscheidungsfrage ist folglich für die Lösung der Ausgangsstreitigkeit nicht sachdienlich.

B.13.5. Demzufolge bedarf die zweite Vorabentscheidungsfrage keiner Antwort.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

erkennt für Recht:

- Die erste und die zweite Vorabentscheidungsfrage bedürfen keiner Antwort.
- Die dritte Vorabentscheidungsfrage fällt nicht in die Zuständigkeit des Gerichtshofes.

Erlassen in niederländischer und französischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 9. Dezember 2021.

Der Kanzler,

Der Präsident,

(gez.) F. Meersschaut

(gez.) L. Lavrysen